

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Port.)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 42. TELEFON 52677. ADMINISTRATION TELEFON 53076.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Samstag, 2. Juni 1934

Nr. 127

## Vermittlung der Neutralen oder Vertagung bis Herbst?

Genf, 1. Juni. Die-Situation auf der Genfer Konferenz bleibt sehr ernst. Der Hauptauschuss ist auf den kommenden Mittwoch vertagt worden, doch wird, wenn auch vorläufig noch nicht in offiziellen Reden, von der Möglichkeit einer Vertagung bis Oktober gesprochen.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson begann die heutige Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz mit einer Erklärung, in der abermals betont wird, daß die Abrüstungskonferenz sich in großen Schwierigkeiten befindet. Er habe sorgfältig den Stand der Abrüstungskonferenz geprüft und gefunden, daß die Lage viel ernster ist als je seit dem 2. Februar 1932 (d. i. seit dem Beginn der Genfer Abrüstungsberatungen). Die im Hauptauschuss gehaltenen Reden zeigten die großen Differenzen in den Anschauungen. Er wolle nicht viel übertrieben, aber er wolle auch die Schwierigkeiten nicht kleiner machen. Daher sei es nach der heutigen Debatte notwendig, die weiteren öffentlichen Beratungen des Hauptauschusses bis Dienstag Nachmittag zu vertagen.

### Polen gegen alle

Die Rundgebung des polnischen Außenministers Bed war sehr kurz. Er machte darauf aufmerksam, daß Polen nicht an den Beratungen der Konferenz teilnehmen habe, die außerhalb der Konferenz abgehalten wurden. Demnach sei auch Polen durch das Ergebnis der Beratungen in keiner Weise gebunden.

Der radikale Vorschlag des sowjetrussischen Delegierten würde trotz aller entgegengesetzten Versicherungen Litwinows schließlich dennoch zu einer Reform des Völkerbundes führen. Wir können die Konferenz nicht mit Anträgen belasten, die der sowjetrussische Delegierte gemacht hat.

### Anträge der neutralen Staaten

Die Delegierten von Dänemark, Holland, Schweden, Norwegen, Spanien und der Schweiz überreichten im Hauptauschuss ein Memorandum,

## Roosevelt über die Schuldenfrage

Wortlaut des Präsidenten.

Washington, 1. Juni. (Reuter.) Die bereits seit langem erwartete Botschaft des Präsidenten Roosevelt ist dem Kongress übermittelt worden. „Wir werden“, sagte Präsident Roosevelt in der Botschaft, alle Mittel anwenden, um jeden Schuldner von dem gebilligten Charakter seiner Verpflichtungen zu überzeugen. Die amerikanische Nation will ihren Schuldnern keine unmöglichen Lasten auferlegen.

Die Schuldnerstaaten und Staaten vergessen aber den Umstand, daß die Art, wie die Schuldnerstaaten die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel benutzen, ob nämlich diese Mittel zur allgemeinen Wiederherstellung und zu einer vernünftigen Zahlung der Schulden an die amerikanischen Bürger oder aber zu nationalitätsspezifischen und unproduktiven Ausgaben oder zu ähnlichen Zielen verwendet werden, auf die amerikanische Nation einen gewissen Einfluss haben wird.

Ich kann nur wiederholen, erklärte Roosevelt, was ich bei einer Reihe von Anlässen an die Adresse der Schuldnerstaaten gesagt habe, daß die Schulden gegenüber unserer Regierung in keiner Beziehung zu den Reparationszahlungen stehen, die sie empfangen oder leisten, und daß jeder einzelne Staat Gelegenheit hat, sich individuell mit den Vereinigten Staaten auseinanderzusetzen.

### Demission des rumänischen Kriegsministers

Bukarest, 1. Juni. (A.P.) Der König hat die Demission des Kriegsministers General Nica angenommen und mit der vorläufigen Leitung des Kriegsministeriums den Ministerpräsidenten Tzavarescu betraut. General Nica wurde zum Kommandanten des Armeekorps in Bukarest ernannt.

in welchem sie vermittelnde Vorschläge zur Abrüstung bringen. Gleichzeitig lehnen sie jede weitere Debatte über die Verantwortung für die gegenwärtige Krise in den Abrüstungsverhandlungen ab, wenn jeder Staat auf seiner Ansicht beharren wolle.

Nach dem chinesischen Delegierten sprach der schwedische Vertreter Sandler, welcher erklärte, daß mit der Gleichberechtigung aller Staaten auch die Sicherheit für alle Staaten organisiert werden müsse. Das französische Plaubuch zeige hinlänglich, daß die Sicherheitsfrage ständig aktuell sei.

### Litwinow gegen Simon

Litwinow ergriff neuerlich das Wort, um zu der Sicherheitsfrage zu sprechen und auf die Ausführungen des britischen Außenministers zu erwidern. Er führte aus, daß es nicht notwendig sei, die Abrüstung mit der Sicherheit zu verbinden. Der Pakt von Locarno sei ohne eine Abmachung über die Abrüstung zustande gekommen und ebenso der Briand-Kellogg-Pakt. Warum sollte es nicht möglich sein, ähnliche Verpflichtungen, wie sie der Locarno-Pakt enthält, zu verein-

baren? Die Lage in Europa weise heute ständige Veränderungen auf und die Kriegsgefahr wachse. Die Annahme eines Systems der Sicherheit werde zu einer schließlichen Herabsetzung der Rüstungen führen.

### Kleine Entente und die Balkanstaaten für die Sicherheitsgarantie

Der türkische Außenminister Tewfik Ruzschi Bey unterbreitete im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz einen Resolutionsantrag, welcher alle Vorforderungen unterstellt, die auf eine Sicherheitsgarantie abzielen.

Der griechische Außenminister Maximos stimmte namens der Staaten, welche die Balkan-Londonkonvention unterzeichnet haben, der Resolution des türkischen Außenministers zu, der rumänische Außenminister Titulescu billigte diese Resolution namens der Staaten der Kleinen Entente.

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz Henderson schloß hierauf die Sitzung des Hauptauschusses mit der Erklärung, daß die neuen Anträge das Präsidium der Konferenz vor neue Aufgaben gestellt haben und daß daher die nächste Sitzung des Hauptauschusses erst am Mittwoch der nächsten Woche stattfinden könne.

Sir John Simon teilte heute mit, daß er noch am heutigen Abend nach London reist. Simon beabsichtigt, Dienstag der kommenden Woche nach Genf zurückzukehren.

## Saar-Abstimmung: 13. Jänner 1935

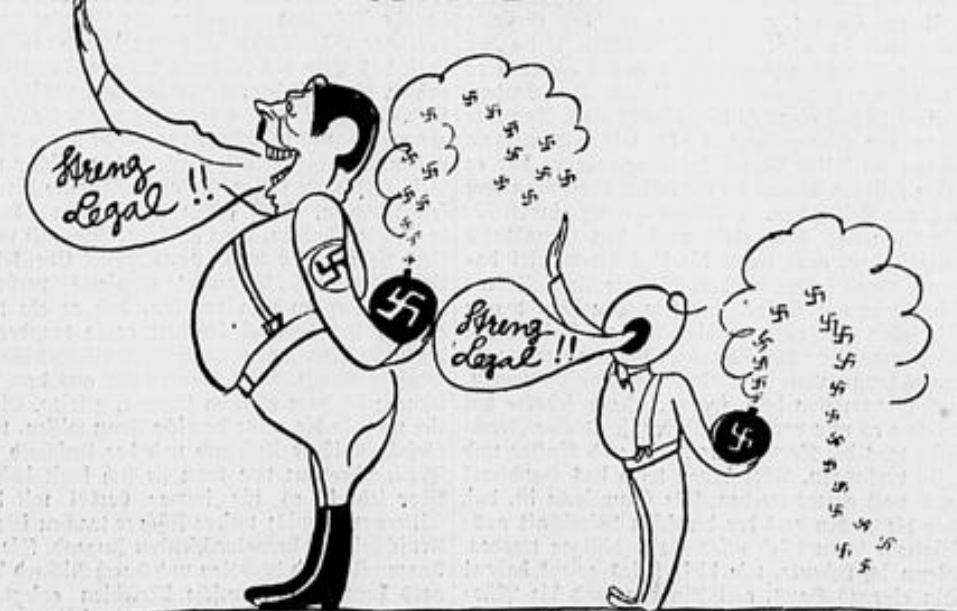
### Einigung zwischen Frankreich und Deutschland

Genf, 1. Juni. Freitag, um 18 Uhr wurde in der Saarfrage zwischen Frankreich und Deutschland ein Einverständnis erzielt. Die Abstimmung wird am 13. Jänner stattfinden.

Die von beiden Regierungen angenommene Formel sieht im wesentlichen alle zur Verhinderung von Übergriffen gegen die Saarbevölkerung, die beim Plebiszit nicht für Deutschland stimmen würde, notwendigen Maßnahmen vor. Es wird eine Plebiszitkommission gewählt werden. Weiter wird ein Oberchiedsgericht mit neutralen Richtern eingesetzt werden, welches nach dem Plebiszit für den Fall, daß das Saargebiet an Deutschland fällt, solange amtieren wird, als es sich als notwendig erweisen wird. Die Plebiszitkommission wird ein ganzes Jahr amtieren und über strittige Fälle entscheiden. Das Oberchiedsgericht wird auch die Garantien für die Freiheit des Plebiszites sicher-

stellen, denn es kann auch solche Rechtsschritte übernehmen, welche die normalen Gerichte behandeln. Nach Bedarf wird auch internationale Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt werden. Baron Aloisi, dem Vorsitzenden des dreigliedrigen Ausschusses für die Saarfrage, wurde von deutscher Seite der Dank für die erfolgreiche Leitung der Beratungen über das Plebiszit im Saargebiet ausgesprochen. In Genf französische Kreisen äußert man volle Befriedigung über die Ergebnisse der Verhandlungen in der Saarfrage und betont, daß es sich eigentlich um die Einführung von Minderheitsbegünstigungen für die Saarbevölkerung handelt.

## Hitlein



Hitlein - Henlein - Hitlein - Ganz der Papa!









